

Illegale Bank in Leipzig: Gericht hebt Urteil auf

Erneuter Prozess um Transfer von 16 Millionen Euro

VON SABINE KREUZ

Einem Geschäftsmann (46), der in Eutritzsch illegal eine Bank betrieben haben soll, wird seit gestern erneut der Prozess am Landgericht Leipzig gemacht. Der Bundesgerichtshof (BGH) hatte das Ersturteil von Ende 2014 nach einer Revision der Verteidiger Andreas Meschkat und Christian Schöbbling komplett aufgehoben und zur Neuverhandlung zurückverwiesen.

Umstritten ist die rechtliche Bewertung der Nebenerwerbsquelle des eigentlichen Reisebüro-Chefs. Laut Anklage soll Viet Ha L. rund 16 Millionen Euro – am deutschen Fiskus vorbei – in sein Heimatland Vietnam transferiert und dafür Provisionen in Höhe von circa 160 000 Euro kassiert haben. Das Geld stammte von Leipziger Geschäftsleuten, etwa Händlern und Gastwirten, und wurde unter anderem von Piloten einer vietnamesischen Fluggesellschaft befördert. Nach Aktenlage kümmerten sich in Vietnam dann Verwandte des Angeklagten um die Auszahlung der Beträge.

Im ersten Mammut-Prozess wurde Viet Ha L., der letztlich den Millionentransfer eingeräumt hatte, zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt – und zwar wegen unerlaubten Erbringens von Zahlungsdiensten. Nach Ansicht des BGH differenzierten die Richter allerdings nicht, ob der Angeklagte privat – und damit straflos – oder im Rahmen seines Gewerbes, der GmbH, die sich mit Reisen und Flugtickets befasste, tätig war. Daher wird der Fall nun vor einer anderen Wirtschaftsstrafkammer erneut aufgerollt.

Wie es zum Auftakt des Zweitprozesses gestern hieß, muss die 11. Strafkammer nun prüfen, ob Geldwäsche und ein Verstoß gegen das Zahlungsdienstaufsichtsgesetz (ZAG) – wie ursprünglich angeklagt – vorliegen. Die Richter signalisierten bereits, dass – ein Geständnis vorausgesetzt – der Prozess verkürzt und eine Bewährungsstrafe verhängt werden könnten. Verteidiger Andreas Meschkat hielt dies für „sachgerecht“, zumal der Angeklagte bereits neun Monate in Untersuchungshaft saß, die Taten lange zurückliegen (2009 bis 2014) und sichergestellte Vermögenswerte in Höhe von 180 000 Euro einbehalten werden sollen. Am 15. März wird voraussichtlich über den Fortgang des Verfahrens entschieden.



Viet Ha L. vor Gericht: Er soll illegal eine Bank betrieben haben. Foto: André Kempner